

Wahlprüfsteine BUND

Eigenes Umweltministerium

Thüringen braucht eine gut aufgestellte Verwaltung in den Ministerien der Landesregierung. Dazu fordern wir ein nachhaltiges Personalentwicklungskonzept verbunden mit einer umfassenden Aufgabenkritik. Dem weiteren Ausbau von Verwaltungsstrukturen stehen wir skeptisch gegenüber. Neue Personalverpflichtungen wären mit dauerhaften Mehrausgaben verbunden und würden daher einer nachhaltigen Haushaltspolitik widersprechen. Denn liberale Finanzpolitik will die Haushaltskonsolidierung fortsetzen und setzt sich daher zum Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen, Altschulden abzubauen und mit den vorhandenen Mitteln vorrangig Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Diesen Zielen würde die Einrichtung zusätzlicher Ministerien oder Abteilungen widersprechen.

Wir brauchen eine Energiewende

Die FDP will eine bezahlbare, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Dazu treten wir für eine Neuausrichtung der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen ein. So sollten die erneuerbaren Energien anstelle der garantierten Einspeisevergütung im EEG sich jetzt dem Markt stellen, um den angestrebten Anteil der Erneuerbaren möglichst effizient und kostengünstig zu erreichen. Über die EEG-Umlage werden 2014 rund 24 Mrd. Euro umverteilt, mit einem Betrag von 6,24 ct/kWh ist ihr Anteil am Strompreis in nur fünf Jahren von 5 auf 20 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg muss abgebremst werden, um Verbraucher und Unternehmen nicht übermäßig zu belasten. Daher sollte aus unserer Sicht der Ausbau der Erneuerbaren entschleunigt werden, um ihn mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze sowie der Entwicklung von Speichertechnologien zu synchronisieren. Wir folgen deswegen der Empfehlung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und fordern ein Moratorium des EEG, damit Markt- und Netzintegration beim Zubau von erneuerbaren Energien gesichert sind.

Wir brauchen 3% fürs Klima

Grundlage des Klimaschutzes in der EU ist das europäische Emissionshandelssystem. Dieses sieht eine Obergrenze für Emissionen aus Industrie und Energieerzeugung vor. Wenn sich nun ein Land höhere Vorgabe zur Reduktion der Treibhausgase gibt, führt dies nur dazu, dass letztlich im Markt mehr handelbare Zertifikate zur Verfügung stehen, deren Preis fallen wird. In diesem System führen gesteigerte nationale oder regionale Vorgaben also nicht zu mehr Klimaschutz. Eigene Landesgesetze mit höheren Zielen als auf Bundes- und EU-Ebene sind stattdessen kontraproduktiv, da diese zu einem Standortnachteil führen ohne den Klimaschutz zu verbessern.

Ein zentraler Klimaschutzplan mit neuen Standards würde zudem massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen, denn er setzt Vorgaben auf Landesebene, nach denen sich auch die Kreise, Städte und Gemeinden richten müssten. Dies würde auch für die verpflichtende Vorgabe kommunaler Klimaschutzkonzepte gelten. Anstelle derartiger Vorgaben ist eine freiwillige Vorbildfunktion der Landesregierung denkbar, wenn dabei die vorgesehenen Ziele und Maßnahmen praktikabel sind und der Haushaltskonsolidierung nicht entgegen stehen.

Wir brauchen eine Agrarwende

Libérale Agrarpolitik steht nicht für Verbote, sondern für Freiräume für unternehmerisches Handeln, damit Landwirte marktorientiert, innovativ und umweltschonend arbeiten können. Die FDP tritt für eine sachliche Diskussion über eine moderne tiergerechte Nutztierhaltung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ein. Entscheidend sind dabei nicht die Größen der Anlagen, sondern die konkreten Haltungsbedingungen. Dabei ist einem tierschutzrechtlichen Fehlverhalten einzelner Betreiber am besten durch effektive Kontrollen und Sanktionen zu begegnen. Die FDP ist gegen eine Umerziehung der Verbraucher. Die vorhandenen Anlagen in Thüringen reichen nicht mal aus, um den Verbrauch im Land zu decken. Dies zeigt, dass wir auf Nutztierhaltung nicht verzichten können.

Wir setzen uns dafür ein, einen nachhaltig ökologischen Zustand der Thüringer Gewässer zu erreichen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Verringerung von Schadstoffeinträgen. Bei der Umsetzung ist aber eine Überlastung der Landwirtschaft zu vermeiden. Daher halten wir es nicht für angemessen, für Uferrandstreifen die Nutzung vollständig zu untersagen.

Wir brauchen eine Verkehrswende

Die Mobilität spielt in unserer Gesellschaft eine zunehmende Rolle. Sie ist Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland und des Freistaates Thüringen. Ca. 90% des Personenverkehrs und ca. 80% des Güterverkehrs werden auf der Straße erbracht. Bei den Infrastrukturprojekten hat für die Liberalen vor allem der Bau von Ortsumgehungen Vorrang. Dazu ist es aus Sicht der FDP umso wichtiger, dass eine Thüringer Prioritätenliste für den Bundesverkehrswegeplan erarbeitet wird.

Das klassifizierte Straßennetz in Thüringens umfasst ca.4.500 km Landesstraßen. Die im Jahr 2012 durchgeführte Zustandserfassung und Bewertung für Thüringen ergab, dass ca. 56% der Ortsdurchfahrten, ca.30% der freien Strecken und ca. 40% der Bauwerke sich in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand befinden. Für die Angleichung des

Zustandsniveaus der Landesstraßen an die Bundesstraßen besteht ein Bedarf an Landesmitteln von mindestens 50 Millionen Euro über einen Zeitraum von 10 Jahren. Jährlich stellt die Landesregierung aber nur 30 Millionen zur Verfügung. Daher haben wir bei den Haushaltberatungen Einsparvorschläge zugunsten der Wartung und Unterhaltung der Landes- und kommunalen Straßen eingebracht. Diesen Kurs wollen die Liberalen auch in den zukünftig fortsetzen. Straßen und Bauwerke brauchen eine regelmäßige Erhaltung und Modernisierung.

Einen Stopp für die Planungen und den Bau der Bundesstraße B19n können wir nicht mittragen. Die Ortsumfahrungen dienen der Verkehrsentlastung der betroffenen Orte und zur Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner. Im Hinblick auf die demografischen Entwicklung und die Verkehrsprognosen sollte aber geprüft werden, ob der geplante Ausbau der B19n noch in diesem Umfang notwendig ist.

Zum ÖPNV zählt neben dem Schienenpersonennahverkehr insbesondere im ländlichen Raum auch der Verkehr mit Bussen. Für gute Anbindungen und die Verkehrssicherheit ist daher ein guter Zustand der Straßen erforderlich.

Wir brauchen einen Masterplan Biodiversität

Die FDP steht für einen Naturschutz mit den Menschen, für eine Beteiligung der Betroffenen. Wir wollen nicht von oben herab Vorgaben für die Bewirtschaftung gegenüber den Nutzern der Natur, gegenüber Grundeigentümern, Land- und Forstwirten, Unternehmen und Kommunen und gegenüber den Bürgern vor Ort verordnen. Eine bessere Vernetzung von Biotopen sollte im Landesentwicklungsplan berücksichtigt werden, soweit es gegenüber anderen Zielen möglich ist.

Wir streben bei der Einrichtung von Schutzgebieten eine Beteiligung der Bürger und eine Abstimmung mit den Nutzern an. Wir lehnen deshalb die Erweiterung des Naturparks "Karstlandschaft Südharz" zu einem Biosphärenreservat ab, die von der überwiegenden Mehrheit der Betroffenen vor Ort nicht gewünscht wird. Von diesen werden Einschränkungen von Entwicklungsperspektiven und Eigentumsrechten befürchtet. Zudem halten wir den zur Zeit bestehenden Schutzstatus mit dem Naturpark Südharz und ausgewiesenen über 1500 Hektar Naturschutz- beziehungsweise über 5000 Hektar FFH/Natura 2000-Gebieten für ausreichend. Daher ist es auch nicht zielführend, mit dem Biosphärenreservat eine weitere Schutzkategorie einzurichten. Einem hohen Aufwand für die Ausweisung und Verwaltung würden andererseits kaum Verbesserungen für den Naturschutz gegenüberstehen.

Unabhängig vom Schutzstatus lehnt die FDP eine Ausweisung neuer Gipsabbauflächen im Südharz ab, dies gilt insbesondere für den Schutz der Rüdigsdorfer Schweiz.

Sicher kostet Naturschutz Geld und benötigt auch qualifiziertes Personal. Die Einrichtung von zehn biologischen Stationen wäre aber mit der Einrichtung von zwanzig Vollzeitstellen verbunden, die dauerhaft vom Land zu finanzieren wären. Mehrausgaben von rund einer Million Euro im Jahr halten wir angesichts der Haushaltslage des Landes und unseres Zieles der Haushaltskonsolidierung für den falschen Weg.

Libérale Forstpolitik steht für eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung des Waldes. Pauschale quantitative Vorgaben für die Stilllegung von Waldflächen halten wir aber grundsätzlich nicht für sinnvoll. Insofern lehnen wir die Zielvorgabe ab, 25.000 ha nicht mehr forstwirtschaftlich zu nutzen. Für eine mögliche Herausnahme von Flächen aus der Nutzung sollten aus Sicht der FDP vorrangig qualitative Kriterien gelten wie z. B. die Biodiversität des jeweiligen Standortes und die Bildung von Altholzbereichen. Der Schutz der Natur kann dabei nur bei Beteiligung der Betroffenen erfolgreich sein, daher sind entsprechende Nutzungsbeschränkungen in Kooperation mit Forstwirtschaft und Waldeigentümern festzulegen.

Null-Zuwachs beim Flächenverbrauch

Die FDP will die Landschaft vor weiteren Flächenversiegelungen bewahren. Auf Initiative der Liberalen wurde ein Thüringer Aktionsplan für nachhaltige Flächenpolitik erarbeitet. Eine Fortschreibung und Evaluierung ist inzwischen erforderlich. Landwirtschaftliche Nutzflächen in Thüringen sollen in geringerem Umfang für andere Zwecke in Anspruch genommen werden, so sollten z. B. Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungskorridoren konzentriert werden. Wir setzen auf den Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung und die Revitalisierung von leerstehenden Brachflächen wie Industriearealen und Militärf Flächen. Bauen auf der grünen Wiese soll zukünftig nur noch die Ausnahme sein, wenn eine bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Kommune nicht anders sichergestellt werden kann.

Eine Netto-Nullversiegelung ist aber eine in der Praxis schwer umsetzbare Forderung. Das Ziel der Reduzierung bei der Neuinanspruchnahmen von Flächen steht auf der einen Seite und darf die Neuinanspruchnahme von Flächen, die zur Qualitätssicherung und -verbesserung der Infrastruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung dringend benötigt werden, nicht ausschließen. Die dafür notwendigen Ausgleichsmaßnahmen sind inhaltlich und lagemäßig so auszugestalten, dass die mit dem Eingriff verbundenen

Beeinträchtigungen kompensiert werden. Die zukünftige Zielsetzung gestaltet sich in der sachgerechten Kompensation der Naturlandschaften, um einen Wertzuwachs der Ausgleichs- und Ersatzflächen zu erreichen. Die Liberalen plädieren für die Erfassung und Zusammenführung aller möglichen A/E Maßnahmen der Landkreise in einen Flächenpool als zusätzliches Angebot für Planer.